

# **Die EU der 27 und die Problematik der Sprachen**

**Internationale Tagung  
(Paris 3. –5. Dezember 2009)**

**Universität Paris Diderot – Paris 7  
Fachbereich Angewandte Fremdsprachen und interkulturelle Studien  
CLILLAC-ARP**

<http://e271.eila.univ-paris-diderot.fr>

Die Forschungsgruppe Clillac-ARP veranstaltet vom 3. bis zum 5. Dezember 2009 an der Universität Paris 7 unter der Leitung von Herrn Professor José Carlos Herreras einen internationalen Kongress zum Thema: Die EU der 27 und die Problematik der Sprachen.

Die EU umfasst heute 27 Mitgliedstaaten, unter denen sich die 6 Gründungsstaaten der Europäischen Gemeinschaft, der Vorgängerin der EU, befinden: Deutschland, Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg und die Niederlande. Die heutige Zusammensetzung der EU ist das Ergebnis von 6 aufeinanderfolgenden Erweiterungen. Die erste ermöglichte es Dänemark, Irland und Großbritannien der Europäischen Gemeinschaft beizutreten; darauf folgten Griechenland am 1. Januar 1981 und fünf Jahre später, am 1. Januar 1986, Spanien und Portugal. Im Januar 1995 empfing die in Europäische Union umbenannte Gemeinschaft drei weitere Staaten: Österreich, Finnland und Schweden; im Januar 2004 traten zehn weitere Staaten der EU bei: Zypern, Estland, Ungarn, Lettland, Litauen, Malta, Polen, die tschechische Republik, die Slowakei und Slowenien. Schließlich wurde die EU drei Jahre später um zwei weitere Staaten, Bulgarien und Rumänien, erweitert.

Zwar wächst mit jeder Erweiterung der EU ihre wirtschaftliche, politische, demographische und territoriale Bedeutung auf internationaler Ebene. Gleichzeitig aber stellt die Einführung von immer neuen offiziellen Sprachen eine sprachpolitische Frage von beträchtlichem Ausmaß, nämlich die der Kommunikation zwischen den Institutionen, den Staaten und den Bürgern der Union.

Bei jeder neuen Erweiterung brachte nämlich die Aufnahme von anderen Staaten in die Union eine Zunahme der Zahl der offiziellen Sprachen der EU mit sich, von ursprünglich 4 (dem Deutschen, dem Französischen, dem Italienischen und dem Niederländischen) auf 23 heute, von denen über die Hälfte seit 2004 als solche anerkannt worden sind.

Indem sie beschlossen hat, 23 offizielle Sprachen beizubehalten, ist die EU also zurzeit davon ausgegangen, dass sich die Sprachen ergänzen werden, sie setzt auf die Karte der kulturellen Vielfalt. Diese Wahl scheint sich von allein durchgesetzt zu haben. Einerseits, wenn man bedenkt, dass der Aufbau der europäischen Union das Ergebnis eines Prozesses ist, der darin bestand, eine gewisse Anzahl von Staaten, die nicht zur Europäischen Gemeinschaft gehörten, im Zuge aufeinanderfolgender Erweiterungen aufzunehmen, kann man sich schwer vorstellen, unter welchem Vorwand die EU einigen Mitgliedstaaten das hätte verweigern können, was sie anderen gewährt hatte: nämlich ihre jeweiligen Sprachen zu offiziellen Sprachen der EU zu erklären. Andererseits hätte die Wahl einer einzigen Sprache als offizieller Sprache eine Hierarchie unter den Mitgliedstaaten der Gemeinschaft geschaffen, was zweifellos Konflikte und einen Mangel an Zusammenhalt zur Folge gehabt hätte, der den Aufbau Europas hätte gefährden können. Diese Entscheidung bringt auch Herausforderungen mit sich zumal die Sprachvielfalt in den meisten Mitgliedstaaten der EU die Regel ist.

## **Die thematische Organisation der Tagung beruht auf 3 Schwerpunkten:**

1.- Einen ersten thematischen Kern bilden die unterschiedlichen Situationen der Mitgliedstaaten, was die Sprachen und die Sprachpolitik betrifft. In zahlreichen Mitgliedstaaten ist die Sprachlage sehr kompliziert. Es wäre nötig, diese Lage sowie die Lösungen zu analysieren, die von den Regierungen erwogen werden, um das Nebeneinander der verschiedenen im Staat gesprochenen Sprachen zu regeln. Es soll insbesondere den Mitgliedstaaten Aufmerksamkeit geschenkt werden, die seit 2004 der EU angehören. Das schließt alle anderen Staaten nicht aus, in denen sich die Sprachlage möglicherweise seit ihrem Beitritt geändert hat.

2.- Die EU selbst ist der zweite Schwerpunkt, da sie als Institution ihre eigene Sprachpolitik gestaltet. Allerdings sind nicht alle in den Mitgliedstaaten gesprochenen Sprachen offizielle Sprachen der EU geworden und alle offiziellen Sprachen der EU werden in den europäischen EU-Behörden nicht gleich behandelt. Hat der EU-Beitritt von vielen neuen Staaten, vor allem seit 2004, auf sprachlicher Ebene eine tiefgreifende Veränderung in der Art und Weise wie die europäischen Institutionen funktionieren zur Folge gehabt? Was sind die Folgen dieser Entwicklung insbesondere im Bereich des Dolmetschens und des Übersetzens?

3.- Die Tatsache, dass einige Sprachen von neuen Mitgliedstaaten, zu offiziellen Sprachen geworden sind, deren Anzahl der Sprechenden ziemlich gering ist, hat in manchen Ländern Neid erweckt, in denen Regionalsprachen gepflegt werden. Die Regionalsprachen oder Minderheitssprachen, ihre Rolle und ihr Streben in der EU bilden den dritten und letzten Schwerpunkt.